

Einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt rückgängig machen!

Nach der gescheiterten allgemeinen Corona-Impfpflicht setzen sich mittlerweile auch Gesundheitsexperten für eine Überprüfung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ein, die seit Mitte März 2022 in Deutschland gilt.

Ursprünglich war die sektorale Impfpflicht in Gesundheitseinrichtungen als erster Schritt vorgesehen, gefolgt von einer allgemeinen Impfpflicht, die unlängst im Bundestag jedoch keine Mehrheit gefunden hatte. Die Experten äußerten sich am Mittwoch, 27. April 2022, in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses des Bundestages.

Verschiedene Redner betonten in der Anhörung vom 27. April 2022, dass mit der Aufgabe der Pläne für eine allgemeine Impfpflicht die Voraussetzungen für die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitsbereich und anderswo nicht mehr gegeben sei.

Dazu kommt, dass bereits in der Vergangenheit verschiedene Landkreise angekündigt hatten, die einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht umzusetzen, und vor allem auf Strafen zu verzichten.

Zudem drohen bei einer Freisetzung ungeimpfter Beschäftigter bei Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht regionale Zusammenbrüche im Gesundheitswesen, wodurch die nötige Versorgung für vulnerable Teile der Bevölkerung nicht mehr sichergestellt werden könnte.

Bitte schließen Sie sich der Petition an und fordern sie Bundeskanzler Olaf Scholz und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, endlich konsequent zu handeln und die einrichtungsbezogene Impfpflicht zurückzunehmen.

Sehr geehrter Bundeskanzler Olaf Scholz,
Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

nach dem Scheitern der allgemeinen Corona-Impfpflicht setzen sich mittlerweile auch Gesundheitsexperten für die Rücknahme der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ein, die seit Mitte März 2022 in Deutschland gilt.

Verschiedene Experten betonten in der Bundestags-Anhörung vom 27. April 2022, dass mit der Aufgabe der Pläne für eine allgemeine Impfpflicht die Voraussetzungen für die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitsbereich und anderswo nicht mehr gegeben sei.

Zudem drohen bei einer Freisetzung ungeimpfter Beschäftigter bei Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht regionale Zusammenbrüche im Gesundheitswesen, wodurch die nötige Versorgung für vulnerable Teile der Bevölkerung nicht mehr sichergestellt werden könnte.

Wir fordern Sie hiermit auf, die erforderlichen Schritte zu einer Rücknahme der einrichtungsbezogenen Impfpflicht umgehend einzuleiten!

Mit freundlichen Grüßen

[Ihr Name]

